

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg.

Georg Schmid, Karl Freller, Renate Dodell u. a. und Fraktion (CSU),

Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde u. a. und Fraktion (FDP)

**Zeichen gegen eine Relativierung des DDR-Unrechts setzen - Aufklärung über
DDR-Unrecht auf hohem Niveau beibehalten ([Drs. 16/1405](#))**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.
a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Aufklärung über DDR-Unrecht auf hohem Niveau beibehalten:

Franz Josef Strauß und der DDR-Unrechtsstaat ([Drs. 16/1422](#))

Für beide Anträge wurde namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Der erste Redner ist Herr Freller. Ich bitte Sie ans Rednerpult.

Karl Freller (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Eines der verlogenensten Bilder der deutschen Geschichte ist zweifellos das von den ineinander verschränkten Händen, das Symbol der SED, die Ende April 1946 in Ostberlin gegründet wurde und die sehr bald zur alles beherrschenden Staatspartei der DDR mutierte. Die verschränkten Hände standen für die damaligen Vorsitzenden der KPD und der SPD in der sowjetischen Besatzungszone, für Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl. Diese verschränkten Hände standen auch für die Unterdrückung zahlreicher aufrechter Christdemokraten und Liberaler wie auch Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone, die sich dem Trend einer totalitären Entwicklung nicht fügen wollten. Nicht wenige litten und starben in sowjetisch geführten Internierungslagern.

Anfang 1990, wenige Monate nach dem Fall der Mauer, wurden die verschränkten Hände von der Wand des Gebäudes des Zentralkomitees der SED in Ostberlin abgenommen. Wie wir heute wissen, war noch nicht alles zu Ende. Im Gegenteil. Das

kommunistische Regime der DDR entfaltet heute einen nostalgischen Glanz, wie es zum Zeitpunkt der Wende 1989/1990 die wenigsten für möglich gehalten hätten. Es wird relativiert und bagatellisiert. Es wird verschwiegen und schöngefärbt. Es wird leider auch von Sozialdemokraten - von Gesine Schwan gar nicht mehr zu reden -

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das stimmt doch nicht!)

wie dem Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering, opportunistisch bestritten, dass es sich bei der DDR um einen Unrechtsstaat handelte. Welche schlichte Verkennung der Tatsachen und welcher unrühmlicher Wettstreit der SPD mit den Ideologen der Linkspartei!

(Beifall bei der CSU - Franz Maget (SPD): Das ist Ihrer nicht würdig, Herr Freller!)

In unserem Antrag wird mit gutem Grund auf die im letzten Jahr erschienene Studie des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin "Soziales Paradies oder Stasi-Staat" zum DDR-Bild von Schülern im Ost-West-Vergleich verwiesen. Die Studie hat Furore gemacht.

Ich sage das nicht selbstgefällig, weil - wie wohl die meisten in diesem Hause wissen - die bayerischen Schülerinnen und Schüler mit am besten abgeschnitten haben. Das Stichwort - für manchen außerhalb Bayerns sehr schmerzhaft - lautete: Bayerische Hauptschüler wissen mehr als Gymnasiasten in Brandenburg.

Meine sehr verehrten Damen und Herren die Studie hat vor allem gezeigt - und das unterstreicht die Bedeutung unseres Antrages -: Wer nichts weiß, erliegt am leichtesten Verführern und Manipulatoreuren. Dies gilt für alle Bildungsinhalte, es gilt für Geschichte im Besonderen.

Ich darf dies mit mehreren Beispielen belegen. Viele Schülerinnen und Schüler, in diesem Fall aber auch Lehrerinnen und Lehrer, konnten oder wollten nicht glauben, dass es in der DDR bis 1987 die Todesstrafe gab, ja, dass diese auf besonders heimtückische Weise vollstreckt wurde. Ebenso viele Schülerinnen und Schüler, aber auch Lehrerinnen

und Lehrer konnten und wollten nicht glauben, dass der Geheimdienst der DDR, die Staatssicherheit, eine staatskriminelle Einrichtung war, die im In- wie im Ausland die Menschenrechte mit Füßen trat und viele Menschenleben physisch und psychisch ruinierte. Viele glaubten hingegen, die Stasi sei gewissermaßen ein normales und legitimes Staatsschutzunternehmen gewesen, etwa wie der Verfassungsschutz in der Bundesrepublik.

Gerade was die Stasi anbelangt, sind wir durch die Enthüllungen der letzten Woche noch einmal eines Besseren belehrt worden. Sie alle wissen, was ich meine: die Tatsache nämlich, dass der Todesschütze des 2. Juni 1967 in Westberlin, der Polizeibeamte Karl-Heinz Kurras, sowohl Mitglied der SED als auch Stasi-Agent war.

Professor Dr. Klaus Schroeder, Hauptautor der von mir genannten Studie über die Kenntnisse der Schülerinnen und Schüler zur DDR-Geschichte, hat dazu in der "Welt am Sonntag" vom 24. Mai, also vor drei Tagen, unter anderem ausgeführt - ich zitiere -:

Wäre die Stasi-Mitarbeit von Kurras schon am 3. Juni 1967 publik geworden, hätten linke Ideologen dies für eine plumpe Ablenkung reaktionärer Staatskreise und der Springer-Presse gehalten, so etwas hätte nicht in ihr Weltbild gepasst. Vielleicht aber wären viele junge Menschen aus dem Umfeld des Linksradikalismus misstrauisch geworden und hätten in den frühen Siebzigerjahren mehr Distanz zum Terrorismus entwickelt.

(Beifall bei der CSU)

Das von der radikalen Studentenbewegung an die Wand gemalte Schreckgespenst des in der Bundesrepublik weiterlebenden Faschismus hätte Risse bekommen und einen kritischeren Blick auf die DDR gelenkt.

Ende des Zitats. Mancher mag nun einwenden: Das alles ist Geschichte, es ist über viele Jahrzehnte her. - Nein, meine Damen und Herren, so ist es nicht. Geschichte ist die Ressource, aus der wir unser Bild von der Welt gewinnen. Geschichte ist auch nichts

Beliebiges. Geschichte ist jene Erfahrung, die wir nach den Koordinaten von Gut und Böse messen. Sie wissen, wie wichtig mir als dem für die Stiftung Bayerische Gedenkstätten Verantwortlichen dieses im Kern sittliche Anliegen ist.

Diese sittliche Verantwortung gilt aber auch im Blick auf Geschichte insgesamt. Das DDR-Regime - ich erinnere noch einmal mit vielen Ausrufezeichen daran - hat 17 Millionen Deutsche über vier Jahrzehnte in Gefangenschaft gehalten. Es hat sie unterdrückt und manipuliert. Es hat sie von der Welt und vom Geist echter Liberalität ferngehalten. Das DDR-Regime ist nach dem heutigen Erkenntnisstand für mehr als 1.200 Tote unmittelbar verantwortlich - Menschen, die an der Mauer durch Berlin wie an der Grenze von der Lübecker Bucht bis Hof erschossen oder von Minen bzw. Todesautomaten zerfetzt wurden. Man muss diese brutalen Wahrheiten in Erinnerung rufen. Es wäre verantwortungslos, sie zu verbrämen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, das DDR-Regime hat zugleich - auf vielfache Weise manipuliert, mit hoher krimineller Energie und vielfach mit erschreckendem Erfolg - auch die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beeinflusst. Karl-Heinz Kurras ist nur ein Beispiel dafür. Die Terroristen der RAF besaßen auf dem Territorium der DDR eine sichere Rückfallposition. Sie konnten sich dort im "Arbeiter- und Bauernparadies" erholen und auf Schießplätzen an der Verbesserung ihrer verbrecherischen Kompetenz arbeiten. Mit Willy Brandt wurde sogar ein Bundeskanzler Opfer der Stasi, die ihn persönlich ausspionierte.

Meine Damen und Herren, wir müssen am Ende Folgendes festhalten und uns daran orientieren:

Erstens. Die Geschichte der kommunistischen Diktatur auf deutschem Boden von 1949 bis 1989 ist als Teil unserer nationalen Geschichte von größter Bedeutung für unser historisches Erinnern und zur Orientierung überhaupt. Daraus leitet sich jener Handlungsauftrag ab, der auch unserem Antrag zugrunde liegt: Es bedarf der steten, freimü-

tigen und offenen Aufklärung. Aufklärung muss auch und gerade dann geleistet werden, wenn sie unbequem ist und manchem auch schmerzhaft erscheint. Wer nicht aufklärt, der manipuliert und verkleistert, und er liefert die Voraussetzungen für künftiges Irren.

Zweitens ist historische Aufklärung zugleich eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz von Demokratie, Rechtsstaat und freiheitlicher Ordnung. Wer die DDR-Diktatur bagatellisiert, der wird früher oder später dazu neigen, auch die normativen Grundlagen zu relativieren, auf denen wir stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch auf einen weiteren Punkt eingehen, den nachgeschobenen Antrag der GRÜNEN. Hierzu möchte ich schon einige überdeutliche Worte auch an Sie richten, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Das braucht es!)

- Ich hätte mir gewünscht, dass Sie nicht lachen, sondern eindeutig verurteilen, was in diesem Antrag steht.

(Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Der erste Satz des GRÜNEN-Antrages, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist okay. Die GRÜNEN sagen immerhin - im Gegensatz zu Gesine Schwan -, die DDR war ein Unrechtsstaat.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Ulrike Gote (GRÜNE):

Das stimmt überhaupt nicht!)

Aber, meine Damen und Herren, ich kann es leider nicht, und ich will es nicht nachvollziehen, was im zweiten Teil Ihres Antrages steht.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Dass Sie im folgenden Teilsatz Franz Josef Strauß sein historisches Erbe madig machen wollen, ist Teil politischer Unkultur. Es ist Unkultur in Reinform.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Sind Sie sich eigentlich nicht zu schade, derart tödlich ignorant einen solchen Antrag zu präsentieren?

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn die Deutschen in der DDR heute ihre Freiheit zwei Politikern verdanken, dann an erster Stelle Helmut Kohl und Franz Josef Strauß.

(Beifall bei der CSU - Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Für Strauß - ich habe ihn noch sechs Jahre persönlich in dieser Zeit erlebt; einige sind noch hier, Erwin Huber und andere - war Freiheit immer der Grundwert schlechthin. Ohne Strauß gäbe es das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR vom 31. Juli 1973 nicht.

(Georg Schmid (CSU): So ist es! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein (SPD))

Damals ist - gegen Ihren Missmut von der SPD - festgehalten worden: Die Deutschen in der DDR sind und bleiben deutsche Staatsangehörige. Ohne diese von Franz Josef Strauß erstrittene Rechtsposition wäre die deutsche Wiedervereinigung erheblich erschwert gewesen.

(Beifall bei der CSU - Anhaltende Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, bitte denken Sie doch daran, Sie sind derart geschichtslos. Wie Sie diesen Antrag präsentieren, ist eine Blamage für die Politik in diesem Lande.

(Beifall bei der CSU - Anhaltende Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Im Übrigen, was die SPD angeht, darf ich hier den SPD-Politiker Jürgen Schmude ins Gespräch bringen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Er hat am 13. Mai 1984 gefordert, die Zentrale Erfassungsstelle für DDR-Unrecht in Salzgitter zu schließen. Sie sei eine institutionalisierte Drohung gegenüber Bürgern der DDR. Meine Damen und Herren, wo stünden wir heute im Lichte der Affäre Kurras, hätten sich solche Stimmen damals durchgesetzt?

(Beifall bei der CSU - Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Freller, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karl Freller (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Franz Josef Strauß hingegen war der Letzte, der einen Funken Sympathie für das kommunistische Regime in der DDR aufgebracht hätte. Aber er wusste auch, wenn man für die Menschheit etwas erreichen will, dann muss man selbst mit kommunistischen Gewaltherrschern verhandeln. Als der Milliardenkredit vereinbart wurde, herrschten in Moskau noch die kommunistischen Hardliner. Gorbatschow kam erst zwei Jahre später auf die Bühne.

(Franz Maget (SPD): Eben, noch schlimmer!)

Ein vorzeitiger Konkurs der DDR hätte zu einer weltpolitischen Krise geführt und unsere Landsleute zwischen Ostsee und Erzgebirge in Not und Elend stürzen können. Strauß war weitsichtiger Staatsmann genug, so etwas zu verhindern. Kein Politiker der alten Bundesrepublik hat für die Deutschen in der DDR den Ostberliner Machthabern so viel abgetrotzt wie Franz Josef Strauß. Zehntausende von Ausreisen drangsaliertter Menschen in den Westen hat er erreicht.

(Beifall bei der CSU)

Ich kann mich noch daran erinnern, welche Hoffnungen die Menschen in ihn gesetzt haben, die nicht ausreisen durften, weil ihre Eltern in der BRD waren, und dass es Franz

Josef Strauß war, der fast 20.000 Menschen überführen konnte und Familien zusammengeführt hat.

(Beifall bei der CSU)

Ihr selbst wart zu dieser Zeit Bittsteller. Selbst SPD-Abgeordnete haben sich an ihn gewandt, wenn es darum ging, Familien zusammenzuführen. Nun kommt im Nachhinein so etwas derart Himmelschreiendes. Das ist nicht in Ordnung, es ist nicht gerecht, das muss man einmal sagen. Das ist furchtbar.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege Freller, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karl Freller (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Nein, im Moment nicht. - Er hat den Machthabern den Abbau der Einrichtungen an der innerdeutschen Grenze abgetrotzt, die zu den barbarischsten der Menschheitsgeschichte gehört haben, den Abbau dieser Todesautomaten, die von selbst schossen, sobald sich etwas bewegt hat.

(Lebhafte Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Staatskanzlei haben sich ganze Berge von Dankesbriefen von Bürgern gestapelt, die aufgrund des Einsatzes von Franz Josef Strauß in die Freiheit kamen.

(Beifall bei der CSU)

Warum fällt es Ihnen so schwer, das zur Kenntnis zu nehmen? Ich stelle Ihnen nur die Frage: Warum fällt es Ihnen so schwer, zu akzeptieren und gutzuheißen, was damals geschehen ist?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe schon zwei Politiker genannt, nämlich Helmut Kohl in Bad Godesberg und Franz Josef Strauß in der Münchner Residenz,

(Ulrike Gote (GRÜNE): Und was ist mit Willy Brandt? - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und Willy Brandt?)

die damals Erich Honecker bei seinem Staatsbesuch 1987 die Leviten gelesen und ihm deutlich von Angesicht zu Angesicht gesagt haben, welchem Unrechtsstaat er vorsteht. Lafontaine hingegen hat sich im Saarland angebiedert und ist mit einer nostalgischen Volksfrontveranstaltung für Honecker hier eingetreten. Hier liegen Welten dazwischen! Sie vertreten leider die falsche.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war mir wichtig, das einmal klar zur Kenntnis zu bringen, weil ich etwas dagegen habe, dass die nachfolgende Generation mit Politikern aufwächst, welche die Geschichte verdrehen.

(Beifall bei der CSU - Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Freller, bitte bleiben Sie am Mikrofon. Es gibt eine Zwischenintervention des Kollegen Beyer.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herzlichen Dank, Herr Freller. Die Tatsache, dass Sie meine Frage nicht zugelassen haben, enthebt mich der Notwendigkeit des Tricks, sie in ein rhetorisches Gewand zu kleiden. Ich sagen Ihnen jetzt einfach, was mir vorhin spontan durch den Kopf gegangen ist, weil ich der Meinung bin, dass auch das in diesem Haus gesagt werden muss, wenn Sie sich an dem Punkt - verzeihen Sie, ich schätze Sie - so scheinheilig aufregen. Ich kann mir im Zusammenhang mit der deutschen Einheit keine größere Geschichtsfälschung vorstellen, als Willy Brandt hier bewusst nicht zu erwähnen. Das wollte ich dazu sagen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Karl Freller (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege, ich habe gar kein Problem damit, Willy Brandt würdigend zu erwähnen. "Es wächst zusammen, was zu-

sammengehört" ist sein Satz. Ich möchte ausdrücklich auch diese Geschichtswahrheit im Protokoll festhalten. Ich möchte das ausdrücklich würdigen. Ich habe übrigens Willy Brandt genannt. Er ist ja selbst über die Stasi und ihre Machenschaften gestolpert. Ich habe Willy Brandt an der Stelle übrigens auch genannt.

(Widerspruch bei der SPD)

Ich sage auch, dass er bei der deutschen Einheit eine gute und wichtige Rolle gespielt hat. In dem Antrag, den die GRÜNEN gestellt haben, ging es aber nicht um Willy Brandt, sondern darin ist Franz Josef Strauß verunglimpft worden.

(Franz Maget (SPD): Aber nicht Helmut Kohl!)

Deshalb sah ich es hier als meine Aufgabe an, diese Verunglimpfung von Franz Josef Strauß richtig zu stellen. Das kann eine CSU-Fraktion nicht hinnehmen, und sie wird es auch nie hinnehmen. Ich bin der FDP dafür dankbar, dass sie bei diesem Antrag mitgezogen hat und sich klar für eine umfassende politische Bildung im Lande zum Bild der DDR ausspricht.

(Beifall bei der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Freller. Die nächste Wortmeldung stammt von Herrn Dr. Fischer. Bitte schön.

Dr. Andreas Fischer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Nach diesen Szenen im Landtag möchte ich versuchen, wieder zu einem Konsens aller Demokraten zurückzukehren.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das fällt schwer, da hätten Sie einen anderen Antrag stellen müssen!)

Wissen Sie, wofür die Abkürzungen "PUT" und "PID" stehen? Viele von Ihnen werden es nicht wissen. "PUT" war in der DDR "Politische Untergrundtätigkeit", und das konnte schon die Verteilung eines Gedichts über Lebensumstände in diesem Land sein. Als

"PID", als "Politisch-ideologische Diversion" galt, wenn dasselbe Gedicht über westliche Medien verteilt wurde. Ein Gedicht über die Lebensumstände konnte ins Gefängnis führen. Es ist noch keine 20 Jahre her, dass das Alltag auf deutschem Boden war, Alltag in einer Diktatur, die mit der Wahrheit nicht leben konnte, Alltag in einer Diktatur, in der das Aussprechen dieser Wahrheit strafbar war und welche die Meinungsfreiheit nicht kannte.

Das ist aber längst nicht alles. Im August 1956 ließ das Ministerium für Staatssicherheit 124 politische Häftlinge in einer Nacht- und Nebelaktion aus dem Isolationstrakt der Strafvollzugsanstalt Brandenburg-Görden nach Bautzen II überführen. Damit begann in Bautzen ein besonderes Kapitel des Strafvollzugs der DDR. Bis Dezember 1998 wurden hier Gefangene unter strenger Isolation eingesperrt, Gefangene, deren Vergehen es war, das Regime kritisiert zu haben, oder die versucht haben, das Land zu verlassen oder anderen dabei zu helfen. Das galt in der DDR als Republikflucht, und Republikflucht war strafbar. In 40 Jahren DDR verließen trotzdem 2,7 Millionen Menschen diesen Staat, und viele von ihnen bezahlten es an der innerdeutschen Grenze mit ihrem Leben. Insgesamt waren an dieser Grenze mehr als 1.200 Tote zu beklagen.

Nicht nur das Recht auf freie Meinungsäußerung und Reisefreiheit, auch das Recht auf Leben wurde von diesem Staat mit Füßen getreten. Die sogenannte Deutsche Demokratische Republik war ein Staat, in dem am 17. Juni 1953 DDR-Polizisten bei der Niederschlagung des Volksaufstands durch sowjetische Truppen halfen. Sie war der Staat, in dem am 13. August 1961 eine brutale und unmenschliche Grenze durch unsere Heimat errichtet wurde, die man dann zynisch als antifaschistischen Schutzwall bezeichnete. Das alles ist erst 20 Jahre her, und doch scheint die Erinnerung daran schon verblasst zu sein.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Dr. Fischer, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wörner?

Dr. Andreas Fischer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Nein, am Ende.

(Georg Schmid (CSU): Er hat noch gar nicht angefangen zu reden!)

Gesine Schwan hat gesagt, der Begriff Unrechtsstaat passe nicht, er sei zu diffus, es sei nicht alles Unrecht, was in diesem Staat geschehen sei; so weit wolle sie nicht gehen. Ich behaupte auch nicht, dass alles, was in diesem Staat geschehen ist, Unrecht sei, aber das ist für einen Unrechtsstaat auch nicht entscheidend. Wie soll man einen Staat bezeichnen, in dem elementare Menschenrechte nicht beachtet werden, wenn nicht als Unrechtsstaat? Wie soll man einen Staat bezeichnen, der seine Bürger einsperrt und diejenigen, die das Land verlassen wollen, mit Gewalt daran hindert, wenn nicht als Unrechtsstaat? Wenn der Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern Erwin Selering in der DDR ebenfalls keinen totalen Unrechtsstaat sieht, sondern nur "einen Schuss Willkür, weil es keine Kontrolle durch unabhängige Gerichte gegeben hat", ist das eine Verniedlichung, die ich bedenklich finde.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU)

Das klingt so, als wäre es in der DDR im Großen und Ganzen schon in Ordnung gewesen. Es ist eine Schande, wenn man ein totalitäres Regime so bezeichnet, das so viele Menschenleben auf dem Gewissen hat.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Die Studie des Forschungsverbunds der Freien Universität Berlin hat festgestellt, dass die bayerischen Schüler am meisten über die DDR wissen und sie am kritischsten sehen. Darüber freuen wir uns. Unseren Schülerinnen und Schülern muss im Schulunterricht auch weiterhin ein klares Wertebewusstsein vermittelt werden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch ein Wort zum Antrag der GRÜNEN sagen. Es wird dem Ernst dieser Debatte nicht gerecht, wenn wir uns jetzt über Dinge unterhalten, über die man zu Recht geteilter Meinung sein kann. Wir sollten uns auf das beschränken, worin sich alle Demokraten einig sind, und das ist die Beurteilung eines Unrechtsregimes.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das kommt auf die CSU-Auffassung an!)

Die Ereignisse von historischer Bedeutung sind für die Wertevermittlung an die künftigen Generationen wichtig, die den Mauerfall nicht selbst miterlebt haben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Kein Mensch bestreitet das!)

Es ist unsere Aufgabe, den nächsten Generationen das Bewusstsein für die Verbrechen der SED-Diktatur zu vermitteln. Es liegt an uns, dafür zu sorgen, dass unsere Kinder über das in der DDR begangene Unrecht aufgeklärt werden. Wir müssen in der schnelllebigen Zeit ein Zeichen gegen das öffentliche Vergessen der DDR-Diktatur setzen. Daher sind wir dafür, dass das Thema der SED-Diktatur auch weiterhin ein elementarer Bestandteil jeden Geschichtsunterrichts in Bayern bleibt.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Danke, Herr Fischer. Bitte bleiben Sie am Pult. Zu einer Zwischenintervention hat sich Herr Kollege Wörner gemeldet.

Ludwig Wörner (SPD): Wenn Sie über den Unrechtsstaat sprechen, dürfen Sie Folgendes nicht in Vergessenheit geraten lassen: In Ihrem bildungspolitischen Ansatz am Schluss Ihrer Rede sagten Sie, dass man in die Zukunft hinein vermitteln soll, damit nichts verloren geht und nichts vergessen wird. In Ihrer Aufzählung habe ich aber etwas vermisst. Ein Vorgang, der nicht in einem Unrechtsstaat - wie wir ihn zu Recht bezeichnen - vor sich ging, sondern in einem sogenannten demokratischen Rechtsstaat. Ich darf Sie daran erinnern, dass ein gerade gefeierter Heroe dieses Staates versucht hat, Medien auszuschalten, indem er eine ganze Redaktion, die Unangenehmes über ihn berichtet hat, schließen und einsperren ließ. Das gehört genauso zur Aufarbeitung der Geschichte oder zum Erhalt der Geschichte wie das, was Sie gerade geschildert haben. Das hätte ich von Ihnen erwartet.

(Georg Schmid (CSU): Sagen Sie nichts zu dem Blödsinn!)

Dr. Andreas Fischer (FDP): (Vom Redner nicht autorisiert) Dieser Beitrag spricht für sich selbst. Man braucht ihn nicht zu kommentieren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Als Nächster hat das Wort Herr Kollege Dr. Dürr.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Sie vielleicht schon an unserem nachgezogenen Antrag gemerkt haben, verbuchen wir Ihren Antrag, Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktion, unter Realsatire. Die Reden, die bis jetzt vorgetragen worden sind, vor allem vom Herrn Kollegen Freller, haben unsere Einschätzungen voll bestätigt. In der Satire - und damit, unfreiwillig, auch bei Realsatire - kann es um durchaus ernste Probleme gehen. Aber die Unangemessenheit, ja Lächerlichkeit der Fragestellung und der Problemdefinition oder der Lösungsvorschläge werden automatisch zum Gegenstand des Spottes. Zum einen gibt es das lächerliche Missverhältnis zu den ernsthaften Anliegen. Auf der anderen Seite meinen Sie, eine taktische Chance zu wittern, derentwegen Sie den Antrag gestellt haben. Momentan schwächelt die CSU. Da liegt nichts näher als der Versuch, das alte Lagerdenken zu revitalisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Vorstellung, dass Sie den Feind im Osten wieder groß genug aufbauen müssen, um selber wieder größer zu werden, ist einfach lächerlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kollege Spaenle, kennen Sie irgendjemanden, der auf so ein schlichtes Weltbild heute noch reinfällt? Kolleginnen und Kollegen der FDP, warum machen Sie da mit?

(Karsten Klein (FDP): Weil wir in einer Demokratie sind!)

- Weil nicht nur die CSU schwächelt, sondern gleich die ganze Regierung. Die marode Landesbank, das Milliardenhaushaltsloch, der Klimawandel, Firmenpleiten, ein überlastetes Schulsystem, das Hauptschulsterben, Kinder, denen die Zukunft verbaut wird: Das alles schreit nach politischen Lösungen. Was machen Sie? - Sie schreiben so einen erbärmlichen Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN - Georg Schmid (CSU): Das kann ich mir nicht mehr anhören!)

Einen erbärmlichen Antrag schreiben Sie, sonst nichts. Sie bringen kaum noch irgendetwas gemeinsam auf den Weg. Meistens blockieren Sie sich gegenseitig. Wenn der eine etwas macht, blockiert der andere. Nach dem Motto: Wie du mir, so ich dir. Das ist wie im Sandkasten. Nimmst du mir die Strafverschärfungen, nehme ich dir die Lobbyarbeit bei den privaten Krankenkassen. Stille Feiertage und Tanzverbot, das Tauziehen um Killerspiele, längere gemeinsame Schulzeit, der Donauausbau und die Uiguren aus Guantánamo: Nirgendwo finden Sie eine gemeinsame Basis.

(Karsten Klein (FDP): Was hat das mit dem Thema zu tun?)

Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Sie denken wahrscheinlich: Wenn man schon zusammen in einer Regierung ist, dann will man auch mal zusammenstehen, selbst wenn es sich nur um einen erbärmlichen Antrag handelt. Wenn schon nichts Positives dabei herauskommt, dann stellt man sich wenigstens gegen einen gemeinsamen Feind, selbst wenn man sich diesen schnitzen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil Sie keine anderen Probleme haben, weil Sie sich nicht um die Probleme in Bayern kümmern, ist Ihr Antrag eine politische Bankrotterklärung Ihrer Regierungspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil Sie nur noch zu solchen absurden Aktionen zusammenfinden, ist dies auch eine Bankrotterklärung Ihrer Koalition.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Verhältnis zwischen der CSU und der DDR trägt fast tragikomische Züge. Die CSU kommt immer zu spät. Sie hat immer den aktuellen Trend gerade verpasst. Als längst ein Wandel durch Annäherung angesagt war, hat die CSU immer noch auf den Kalten Krieg gesetzt. Sie hat versucht, die DDR zu isolieren. Als die DDR kurz vor dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch stand, hat sie Strauß vorübergehend vor dem Staatsbankrott gerettet und Honecker noch mit höchsten Ehren empfangen. Jetzt, da es schon lange und dringend um die nachholende, die wirkliche Vereinigung von Ost- und Westdeutschland geht, versucht die CSU, die alten Gräben wieder hochzuziehen. Immer ein bisschen zu spät. Merken Sie gar nicht, dass Sie da ein bisschen hinterherhinken?

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

Kolleginnen und Kollegen der CSU, die DDR war ein Unrechtsstaat. Warum merken Sie das erst jetzt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur selben Zeit, als wir GRÜNEN uns mit der Opposition auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs kurzgeschlossen haben, haben die CSU-Oberen den Diktatoren den Hof gemacht, und zwar weltweit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Strauß selber, bayerischer Ministerpräsident und CSU-Chef, hat 1983 persönlich den Milliardenkredit an die DDR eingefädelt. Strauß forderte - ich zitiere -, hören Sie zu, wenn Ihr Oberer und Vorfahre spricht: Er forderte Verständnis für die Schwierigkeiten der Machthaber im anderen Teil Deutschlands.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Hört, hört!)

Strauß führte die Verhandlungen meist hinter verschlossenen Türen und im Vier-Augen-Gespräch mit dem DDR-Funktionär Alexander Schalck-Golodkowski. Manche erinnern sich noch an den Namen.

Strauß fuhr extra in die DDR, um die Sache mit Honecker persönlich klarzumachen. Die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung übernahm daraufhin die Bürgschaft für den Milliardenkredit. Der SED-Unrechtsstaat war erst mal vor der Pleite gerettet. Ein paar Jahre später, im September 1987, wurde erstmals ein Vertreter des SED-Unrechtsstaates, nämlich Honecker, in Bonn wie ein Staatsoberhaupt empfangen, von einer schwarz-gelben Bundesregierung.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da schau her! Wer war da verantwortlich?)

Das Bonner Protokoll bestand darauf, dass es sich nur um einen Arbeitsbesuch handelte. Deswegen wurde Honecker auch nur mit einer Polizeieskorte von 7 Motorrädern empfangen, anstatt der sonst üblichen 15. Hoffentlich hat er das gemerkt.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Nein, man kann sich jederzeit hinterher austauschen. Es ist gerade zu schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Abschluss seiner Rundreise wurde Honecker in München empfangen, vom Ministerpräsidenten und CSU-Chef Franz Josef Strauß. Hier hatte die Eskorte natürlich 15 Motorräder. Das war wie bei einem echten Staatsempfang.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Das war euer Strauß. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, wo war damals Ihr Kampf gegen den Unrechtsstaat?

(Beifall bei den GRÜNEN - Karl Freller (CSU): Das ist eine unverschämte Frage!)

- Kollege Freller, wo war Ihr Widerstand, als sich Schalck-Golodkowski, DDR-Wirtschaftsstaatssekretär, oberster Devisenbeschaffer, SED-Funktionär und Stasi-Offizier am Tegernsee breitmachte? Wo war da Ihr Widerstand?

(Beifall bei den GRÜNEN - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Allerdings!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, vielleicht sollten Sie die Debatte noch einmal neu aufrollen. Ist Strauß Ihr Vorbild, oder ist er es nicht? Wenn Sie schon darauf erpicht sind, gegen Legendenbildung und Geschichtsklitterung vorzugehen, dann beschäftigen Sie sich doch mal lieber mit Ihrer eigenen Geschichte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit Strauß, mit der Geschichte der Landesbank, mit der Geschichte von Filz-, Amigo- und Spezlwirtschaft in Bayern wären Sie sinnvoll beschäftigt. Herr Kollege Freller, Sie haben vorhin gesagt, Geschichte sei eine Ressource, aus der wir unser Weltbild gewinnen. Bei Ihnen ist es leider umgekehrt.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Dr. Dürr, bitte bleiben Sie am Rednerpult. Herr Kollege Rohde hat eine Zwischenintervention angemeldet. Bitte, Herr Kollege.

Jörg Rohde (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Herr Kollege Dr. Dürr, Sie haben in den verschiedensten Funktionen auch die schwarz-gelbe Bundesregierung angesprochen. Bei einigen Ausführungen muss ich einfach dagegenhalten. Es ist die Aufgabe der Staatsregierung, für Bayern zu arbeiten. Die Aufgabe dieses Parlaments ist es, die Anträge zu diskutieren, die vorgelegt werden. Es ist auch das Recht des Parlaments, eine historisch wichtige Frage zu diskutieren

(Ulrike Gote (GRÜNE): Sie wollen doch nicht bezweifeln, dass er das gemacht hat!)

vor dem Hintergrund, dass viele junge Menschen heute nicht mehr wissen, was damals war. Also müssen wir uns damit auseinandersetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich schätze die GRÜNEN wirklich wegen ihrer oft pfiffigen Oppositionsarbeit. Heute aber bin ich schwer enttäuscht.

(Lachen und Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich fasse es nicht, wie Sie Franz Josef Strauß einordnen. Ich bin ganz sicher kein Anhänger von Franz Josef Strauß gewesen, da können Sie sicher sein. Zu der Zeit aber, die Sie ansprechen, gab es sehr viel Unrecht, und es gab sehr viele Menschen, die persönlich betroffen waren, weil sie von der Stasi eingesperrt wurden, weil sie an der Ausreise gehindert wurden. Alle Verhandlungen, die eine Bundesregierung geführt hat, die auch Franz Josef Strauß geführt hat, - - Da wurden Menschen gekauft. Wir haben das Spiel als Staat mitgespielt. Wir haben uns damals aber für die Menschen eingesetzt, die in Bedrängnis waren, die zu uns herüber wollten, und das hat dazu beigetragen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CSU)

Das war ein miserables Spiel, das die DDR damals gespielt hat, und zwar auf Kosten der Menschen.

(Karl Freller (CSU): Sehr richtig!)

Wie können Sie das alles so ohne Zusammenhang in Ihren Antrag packen? Das kann ich nicht nachvollziehen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag zurückzuziehen. Wenn Sie fragen, wo die Liberalen waren: Herr Genscher hat bei jedem Gespräch in der Welt darauf hingewirkt, dass wir die deutsche Einheit bekommen. Wir haben nur deshalb die deutsche Einheit bekommen, weil danach klar war: Wir werden ein friedliches Deutschland sein.

(Beifall bei der FDP)

Ich bitte Sie, ziehen Sie Ihren Antrag zurück, Herr Kollege.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Lachen des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ich verstehe, dass Sie damit schwer leben können. Der Antrag besteht aber aus zwei Teilen, einem Haupt- und einem Nebensatz. Beide Teile sind richtig und wahr. Wenn Sie ein Problem haben, sich der Wahrheit zu stellen, dann muss ich sagen: Wir haben kein Problem damit. Wir werden namentlich darüber abstimmen, und dann werden wir sehen, was dabei herauskommt.

(Jörg Rohde (FDP): Nicht die ganze Wahrheit!)

- Die ganze Wahrheit nehme ich nie für mich in Anspruch, aber das, was ich von den zwei Kollegen vorhin gehört habe, war genau das Gegenteil von Wahrheit.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Dr. Dürr, würden Sie bitte noch einmal an das Rednerpult zurückkommen? Wir haben eine zweite Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Prof. Dr. Bausback.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Herr Kollege Dr. Dürr, mich wundert, dass ein Mann, der wie Sie Philosophie studiert hat, so geschichtsvergessen sein kann. Ist Ihnen - das würde mich interessieren - nicht bekannt, wie Konstantin Ustinowitsch Tschernenko in einem gemeinsamen Gespräch zwischen der SED und der KPdSU den Milliardenkredit realistisch eingeschätzt hat, nämlich als die Vertiefung der Abhängigkeit. Können Sie übersehen, dass es Ende der Achtzigerjahre allein die Union war, vor allem Franz Josef Strauß, der den juristischen Weg zur Wiedervereinigung offengehalten hat, nämlich durch den bereits angesprochenen Grundlagenvertrag. Alle anderen haben doch von der Lebenslüge gesprochen oder zumindest an sie gedacht. Wie man so geschichtsvergessen sein kann, das wundert mich, zumal dann, wenn man Geisteswissenschaften studiert hat.

(Beifall bei der CSU und der FPD - Zuruf der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Es ist nett, dass Sie von Geisteswissenschaftlern eine so hohe Meinung haben. Wenn Sie aber an Ihr erstes Zitat denken, und ein Geisteswissenschaftler zeichnet sich auch dadurch aus, dass er sich das, was er zu hören bekommt, genauer anschaut, dann haben Sie doch jetzt eine Begründung - -

(Ernst Weidenbusch (CSU): Schauen nützt nichts! Zuhören!)

- Zuhören? Natürlich. Aber wir lesen auch. Das ist die entscheidende Sache dabei.

(Zuruf des Abgeordneten Ernst Weidenbusch (CSU))

Ihr seid schon nette Burschen, ihr von der CSU. Wollen wir noch diskutieren, oder gehen wir gleich raus zum Raufen?

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Bitte keinen Aufruf zur Gewalt.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Ihr Zitat vorhin war doch eine Bestätigung der Politik, die Willy Brandt eingeleitet hat, nämlich "Wandel durch Annäherung". Wer hat diese Politik so vehement bekämpft? - Das war doch die rechte Seite dieses Hauses, allen voran Franz Josef Strauß. Ich kann nur an diesen unsäglichen Spruch erinnern: "Lieber ein kalter Krieger als ein - -". So einen Scheißdreck hat der von sich gegeben!

(Unruhe bei der CSU und der FDP)

- Bitte, das hat er gesagt: "Lieber ein kalter Krieger als ein warmer Bruder". Das ist doch ein Scheißdreck, tut mir leid!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Halt, Herr Kollege Dr. Dürr, hier ist noch eine dritte Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Bause.

Margarete Bause (GRÜNE): Ja, jetzt sind wir dran. - Lieber Sepp Dürr, bevor Du zum Raufen hinausgehst, könntest Du die Kolleginnen und Kollegen bitte darauf hinweisen: Hier wurden bereits wahlweise Helmut Kohl, Franz Josef Strauß sowie Hans-Dietrich Genscher dafür verantwortlich gemacht, dass die Mauer gefallen ist. Um der Wahrheit willen sollte man sagen, dass der Fall der Mauer zuallererst ein Verdienst des Widerstands in der DDR, der Bürgerrechtler in der DDR und der Menschen in der DDR war.

(Lang anhaltender Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Darauf weise ich die Kolleginnen und Kollegen gerne hin, denn das ist ein ganz entscheidender Punkt, der in deren Darstellung des SED-Regimes fehlt.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Völlig fehlt!)

Man kann nicht über die DDR sprechen, ohne über die friedliche Revolution zu sprechen. Das ist das Entscheidende.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist auch der entscheidende Ansporn für uns, für die Weiterentwicklung der Demokratie zu sorgen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Einen Moment noch, Herr Dr. Dürr. - Nein, keine Zwischenbemerkung. Für Ihren Ausdruck: "So einen Scheiß hat er von sich gegeben", muss ich Ihnen leider eine Rüge erteilen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Scheißdreck hat er doch gesagt!)

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Die Wortwahl nehme ich zurück, den Inhalt nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nicht "leider", aber auch dafür muss ich Ihnen eine Rüge erteilen.

(Zurufe von Abgeordneten der CSU)

- Das mit dem "leider" brauchen Sie jetzt nicht aufzubauschen, das war nicht so gemeint.

Wir fahren in der Debatte fort. Nächster Redner für die Fraktion der SPD ist Herr Kollege Schindler. Bitte sehr.

Franz Schindler (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach dieser leidenschaftlichen Debatte muss meines Erachtens noch Folgendes gesagt werden: Die FDP gibt sich schwer enttäuscht über die GRÜNEN und darüber, wie diese sich geäußert haben. Herr Kollege Rohde, ich möchte zu Protokoll geben: Ich bin schwer enttäuscht über die FDP, die sich für so einen Antrag hergibt, wie er uns hier vorgelegt worden ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Da kann der Herr Dr. Fischer reden, so viel er will. Zweck dieses Antrags ist es doch nicht, die Staatsregierung dazu zu bringen, dass Schüler mehr Geschichtsbewusstsein entwickeln. Das ist doch nicht Zweck des Antrags. Für so blöd mag man uns bitte nicht halten. Zweck dieses Antrags ist es doch vielmehr, wieder einmal einen Anlass zu nutzen, um noch einmal auf die SPD draufzuhauen. Sie wollen nachtreten bei Gesine Schwan, das ist doch Zweck des Antrags. Das haben Sie auch getan.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Man kann es schon so darstellen, wie es Herr Kollege Freller gemacht hat. Diese zur Schau gestellte Reinheit und diese Heiligkeit, Herr Kollege Freller, die steht Ihnen und der CSU nicht zu.

(Zurufe von der SPD: Bravo! - Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Man hat in deutschen Schulen nicht nur den Zeitraum zwischen 1946 und 1989 zu betrachten, wenn man über die DDR und über 60 Jahre Grundgesetz spricht. Man muss auch die Zeit vorher betrachten, 1930 und 1933.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Ja!)

Wenn man das tut, dann stellt man fest, dass es kein größeres Unrechtsregime auf deutschem Boden gegeben hat als in der Zeit von 1933 bis 1945.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und man muss feststellen, dass politische Vorläufer von Parteien, die heute hier versammelt sind, damals nicht den Mut hatten, im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, gegen das Ermächtigungsgesetz zu stimmen. Auch das gehört zur Geschichte.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich sage das deshalb, weil man uns Sozialdemokraten, Herr Kollege Freller, keine Vorwürfe machen sollte, vor allem nicht von Ihrer Partei. Denn auch Folgendes ist geschichtliche Wahrheit: Die SPD war als Partei in der SBZ - in der Sowjetischen Besatzungszone - und später in der DDR nicht erlaubt. Es war nicht nötig, sie zu verbieten. Man hat sie vorher zwangsvereinigt.

(Karl Freller (CSU): Das habe ich doch gesagt!)

- Ja, Herr Kollege Freller, das haben Sie gesagt, aber das muss man auch in einen Kontext stellen. 5000 Männer und Frauen, die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei waren, sind in den Jahren ab 1946 in der damaligen SBZ und späteren DDR von den neuen Machthabern in Gefängnisse und Lager gesteckt worden,

(Karl Freller (CSU): Das ist doch ein Unrechtsstaat! - Franz Maget (SPD): Schäm dich!)

zum Teil in Lager, aus denen sie ein paar Jahre vorher von den Alliierten befreit worden sind. Weil dem so ist, steht es Ihnen, Herr Kollege Freller, und Ihrer Partei überhaupt nicht zu, hier Urteile über die SPD und über Sozialdemokraten zu fällen. Das steht Ihnen überhaupt nicht zu.

(Beifall bei der SPD - Thomas Kreuzer (CSU): Es geht um Ihre Äußerungen von heute!)

Frau Schwan und dem Ministerpräsidenten Selling

(Karl Freller (CSU): Um die geht es doch, nicht um die Leute von damals!)

muss man die Fähigkeit zur Differenzierung zuschreiben, die Sie nicht haben und die Sie nicht haben wollen, weil Sie sich hier in Vereinfachung üben.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das ist eine Unverschämtheit! - Karl Freller (CSU): War es jetzt ein Unrechtsstaat oder nicht?)

Ansonsten müssten Sie natürlich einräumen, dass Frau Schwan und Herr Selling die Wahrheit gesagt haben.

(Karl Freller (CSU): Sie haben sich den Linken angebiedert!)

Sie haben die Wahrheit gesagt, als sie ausgeführt haben, dass die DDR natürlich nie ein Rechtsstaat gewesen ist. Es war ein Unrechtsregime.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das haben Sie aber so nicht gesagt!)

- Ich kann es Ihnen vorlesen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das ist doch gelogen!)

- Ich kann es Ihnen vorlesen, Herr Weidenbusch. Regen Sie sich doch nicht so auf!

(Ernst Weidenbusch (CSU): Dann lesen Sie es doch vor!)

Im Gegensatz zu dem, was Sie hier gesagt haben, haben sie hinzugefügt, dass es auch in der DDR anständige Männer und Frauen gegeben hat.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das hat sie doch nicht gesagt! Was erzählen Sie da?)

Sie hat Lehrerinnen und Lehrer, Pastoren und viele andere erwähnt, die versucht haben, unter diesem Regime das Beste daraus zu machen.

(Karl Freller (CSU): Sie hat sich geweigert, die DDR als Unrechtsstaat zu bezeichnen! - Weitere Zurufe von der CSU - Glocke des Präsidenten)

Ich weiß schon, was ich sage. Sie hat ausgeführt, dass auch in einem Unrechtsstaat nicht jeder einzelne Rechtsakt automatisch unrechtmäßig und rechtswidrig ist. Das hat sie gesagt. Das ist korrekt. Das werden Sie nicht bestreiten können. Herr Kollege, ich lese Ihnen das Interview von Gesine Schwan mit dem "Tagesspiegel" vor. Dort hat sie wörtlich Folgendes gesagt:

Die DDR war kein Rechtsstaat. Es gab keine Gewaltenteilung ...

Dem stimmen Sie doch zu. Ich stimme dem auch zu. Damit hat Frau Schwan doch recht.

Die Justiz war ausdrücklich ein Instrument der SED und damit nicht unabhängig.

Das stimmt doch. Stimmen Sie doch zu. Ich stimme auch zu. Jeder stimmt dem zu.

Das hat zu einer allgemeinen Verunsicherung der Bevölkerung geführt. Das heißt aber doch nicht,

- auch das sagt sie, und auch das ist wahr, auch wenn es Ihnen nicht ins Konzept passt

dass jede einzelne Handlung etwa im Arbeits- oder Verkehrsrecht unrecht war. Es heißt ja auch nicht, dass in unserem Rechtsstaat jede einzelne Handlung dem Gerechtigkeitsempfinden entspricht ...

(Ernst Weidenbusch (CSU): Lesen Sie doch auch den Rest vor!)

- Ich habe es Ihnen vorgelesen, jetzt brauchen Sie sich nicht mehr aufzuregen.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Lesen Sie doch den Rest vor!)

Der Begriff Unrechtsstaat ist ein politischer Kampfbegriff, und er ist diffus. Es ist kein juristischer Fachbegriff. Das werden Sie mir zugestehen, Herr Dr. Fischer. Im Gegensatz zu dem, was wir als Rechtsstaat empfinden, findet sich in der juristischen Fachliteratur keine Ausarbeitung über den Unrechtsstaat. Unrechtsstaat ist ein politischer Kampfbegriff, und deswegen ist es schade, dass sich die FDP dazu hergibt.

Noch eine Anmerkung, meine Damen und Herren. Herrn Freller und der CSU steht es nicht zu, mit Fingern auf Sozialdemokraten zu zeigen. Mitnichten steht Ihnen das zu.

(Beifall bei der SPD - Karl Freller (CSU): Wo sind wir denn? Ich darf doch wohl noch die Frau Schwan kritisieren! Als Demokrat steht es mir doch noch zu, Kritik zu üben! Wo sind wir denn?)

- Das dürfen Sie schon machen, aber wir dürfen das auch entsprechend kritisieren.

Ich will daran erinnern, dass die Geschichte 1989 nicht geendet hat. Ab 1989 hat sich die Frage gestellt, wie die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland mit den Parteien und den Organisationen der früheren DDR umgehen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Blockparteien!)

Für uns Sozialdemokraten war es selbstverständlich, dass wir nicht mit einer der Organisationen aus dem SED-Machtapparat zusammengearbeitet haben. Kein einziger von denen ist in der SPD aufgenommen worden. Kein einziger!

(Beifall bei der SPD - Thomas Kreuzer (CSU): Jetzt machen Sie mit denen aber Koalitionen!)

Aus der Betrachtung nach 20 Jahren war dies möglicherweise ein Fehler. So ist es aber gemacht worden. Kein einziger ist bei uns aufgenommen worden. So viel Skrupel und

moralische Integrität hatten die CDU und die FDP nicht. Im Gegenteil, sie haben nicht nur die Personen aufgenommen und ihnen hohe Ämter in Gemeindeverwaltungen, in den Ländern und sogar im Bund übertragen, sondern sie haben auch das Vermögen der jeweiligen Organisationen gerne mitgenommen und sich damit gegenüber der SPD einen Startvorteil verschafft.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD musste 1989 nach der Wiedervereinigung mit einer Hand voll Pastoren, die in die SPD eingetreten sind, bei null beginnen. Sie hatten dagegen einen Parteiapparat und haben ihn zusammen mit der CDU auch genutzt. Deswegen steht Ihnen diese moralische Empörung mitnichten zu.

(Beifall bei der SPD)

Noch eine Bemerkung, meine Damen und Herren. Die Zusammenarbeit zwischen der CDU und der Nachfolgerorganisation der SED, also der PDS, in den Gemeindeverwaltungen und bis in die Ebene der neuen Länder hinein, ist Tatsache. Das, was Sie hier zur Schau stellen, findet man in der Realität nicht wieder.

(Karl Freller (CSU): "Tagesspiegel" vom Sonntag! Frau Schwan hat es abgelehnt, die DDR als Unrechtsstaat zu bezeichnen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe es bereits gesagt: Die CSU und auch die FDP haben kein Recht, einen Antrag zu stellen, den sie mit der Sorge um die Geschichtskennntnisse unserer Schülerinnen und Schüler begründen, und damit eine Auseinandersetzung zu beginnen, die sie bei genauer Betrachtung der geschichtlichen Ereignisse in unserem Land - nicht erst seit 1946, sondern seit 1930 bis heute - nicht gewinnen können. Deswegen fehlt Ihnen jegliches moralisches Recht, Vorwürfe bei uns abzuladen.

An die FDP gerichtet möchte ich auch noch sagen: Ich habe die FDP bislang immer dafür geschätzt, dass sie sich liberal gibt und den Rechtsstaat verteidigt. Dass sie sich aber

zu einem solchen Unterfangen hergibt, wie es bei diesem Antrag deutlich geworden ist, enttäuscht mich doch sehr.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Schindler, einen kleinen Moment bitte, es gibt noch eine Zwischenbemerkung. Meine Damen und Herren, vielleicht könnten wir angesichts der fortschreitenden Zeit jetzt auch zu der Zwischenbemerkung kommen.

(Widerspruch bei der SPD - Franz Maget (SPD): Entschuldigung, aber wenn die so einen Scheiß erzählen! Das ist eine Unverschämtheit, das steht ihnen nicht zu, Herr Präsident! - Weitere Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten - Ludwig Wörner (SPD): Das müssen Sie schon uns überlassen, wie lange wir klatschen! - Erneut anhaltender Beifall bei der SPD)

Wir befassen uns hier mit einem hoch sensiblen Thema. Das ist uns allen klar. Deswegen möchte ich bei diesem hoch sensiblen Thema darum bitten, dass wir alle gemeinsam versuchen, die Emotionen ein bisschen zu dämpfen.

(Franz Maget (SPD): Aber nicht, wenn die SPD klatscht. Das steht Ihnen nicht zu!)

- Ich habe Ihnen das Klatschen nicht verboten, Herr Maget.

(Franz Maget (SPD): Aber Sie haben darum gebeten, es abzukürzen!)

Vielleicht könnten wir jetzt zur Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Klein kommen.

Karsten Klein (FDP): Herr Kollege Schindler, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon etwas bestürzt über den Verlauf dieser Debatte. Ich bin deshalb bestürzt, weil wir, die demokratischen Parteien, gegeneinander - -

(Widerspruch von der SPD und den GRÜNEN)

- Lassen Sie mich doch erst einmal ausreden, bevor Sie dazwischenrufen. Sie wissen doch noch gar nicht, was ich sagen will. Haben Sie bitte die Muße, erst einmal zuzuhören.
- Danke.

Hier wurde in Abrede gestellt, dass wir gemeinsam dafür gekämpft hätten, dass die Wiedervereinigung vollzogen werden konnte. Das waren die CDU, die CSU und die FDP mit der West-Integration sowie die SPD und die FDP mit den Ost-Verträgen. Ich finde es peinlich, hier so zu tun, als ob das alles irrelevant gewesen wäre.

(Franz Maget (SPD): Die CSU tut so!)

Herr Kollege Schindler, Ihre Ausführungen zu den Integrationen nach 1990 sind peinlich. Sie haben zu Recht gesagt, dass 1946 diejenigen Sozialdemokraten, die aus den Lagern herausgeholt worden sind, von der SED wieder hineingesteckt wurden. Deshalb möchte ich Sie fragen, wie Sie es verantworten können, auf Bundesebene mit einer solchen Partei, der Nachfolgepartei der SED, zu flirten und zusammenzuarbeiten.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Widerspruch bei der SPD - Alexander König (CSU): Die Wahrheit muss gesagt werden!)

Ich finde das gerade vor meinem sozialdemokratischen Hintergrund unangemessen. Hier sollten Sie Abstand nehmen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Franz Schindler (SPD): Herr Kollege Klein, ich maße mir nicht an, hier für die SPD zu sprechen. Sie wissen aber genauso gut wie ich, dass die SPD mit der SED nie zusammengearbeitet hat. Sie wissen auch, dass eine Zusammenarbeit zwischen der SPD und der Nachfolgeorganisation, die aus der PDS, der WASG und anderen entstanden ist, auf Bundesebene aus vielen guten Gründen ausdrücklich ausgeschlossen ist.

(Dr. Andreas Fischer (FDP): Die findet doch statt!)

Diese Gründe sind die Außenpolitik und die Geschichte. Die Frage, ob eine Zusammenarbeit auf Landesebene erfolgt, ist nicht von mir zu entscheiden.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Kollege Schindler, was Sie hier machen, ist das Allerletzte!)

- Nach unseren Parteistatuten entscheiden darüber die jeweiligen Landesverbände. Das ist auch bei der CDU so. Die CDU hatte zum Beispiel in Cottbus keine Scheu, mit der PDS eine Zusammenarbeit zu vereinbaren. Mehr ist dazu nicht zu sagen. Herr Kollege Weidenbusch, Sie brauchen sich nicht aufzuregen. Ich werde keine Zwischenfrage von Ihnen beantworten. Jetzt ist Herr Prof. Dr. Bausback dran.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich entnehme Ihren Handlungen, dass die Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Dr. Bausback auf Herrn Kreuzer übergegangen ist.

Thomas Kreuzer (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich habe diese Zwischenbemerkung angemeldet.

Herr Kollege Schindler, Sie sind jetzt ganz schön ins Schwitzen gekommen. Das sind sehr unangenehme Fragen.

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

Diese Fragen sind für die Sozialdemokraten unangenehm. Ich möchte ausdrücklich feststellen, dass niemand die wichtige Rolle der Sozialdemokraten im Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Frage stellt.

(Franz Maget (SPD): Doch, das wollt ihr!)

In diesem Hause gibt es niemanden, der dieses System nicht als extremen brutalen Unrechtsstaat verurteilt. Richtig ist auch, dass viele Sozialdemokraten unter dem DDR-Regime nochmals gelitten haben. Das bestreitet niemand.

Wie Sie aber darauf kommen, dass wir wegen Ihrer Vorgänger, die derart hervorragend gehandelt haben, die SPD und Ihre Äußerungen nicht mehr kritisieren dürften, ist mir schleierhaft. Wir verurteilen es, dass die Präsidentschaftskandidatin der SPD sich geweigert hat, dieses Land als Unrechtsstaat zu bezeichnen. Wir verurteilen, dass ein Ministerpräsident dies ebenfalls nicht getan hat. Das können wir, auch wenn die Rolle der Sozialdemokraten in der Geschichte unbestritten ist.

Ich möchte noch eine zweite Thematik anschnitten: Das ist umso bedauerlicher, da der Verdacht naheliegt, dass dies geschehen ist, um sich die PDS-Stimmen bei der Bundespräsidenten-Wahl zu sichern.

(Franz Maget (SPD): Das ist absichtliche Verleumdung!)

Umso bedauerlicher ist es, dass Sie, entgegen Ihren Ausführungen, in den Ländern mit Menschen koalieren, die Mitglieder der PDS sind, also der Nachfolgeorganisation der SED. So heroisch sich Ihre Vorgänger verhalten haben, so klar wird es in der Geschichte werden, dass die SPD in der Abgrenzung nach links extrem versagt hat.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Franz Schindler (SPD): Herr Kollege Kreuzer, Sie erwarten sicherlich darauf keine Antwort. Es steht Ihnen zu, Frau Gesine Schwan und die anderen in der beschriebenen Art und Weise zu kritisieren. Sie und Herr Kollege Freller müssen es aber auch aushalten, dass wir die geschichtliche Wahrheit, dass der frühere Ministerpräsident und Parteivorsitzende Franz Josef Strauß nicht nur im Wohnzimmer von Herrn März mit Herrn Schalck-Golodkowski den Milliardenkredit ausgehandelt hat, sondern weit mehr getan hat, was zur Stabilisierung dieses Systems beigetragen hat, auch kritisieren. Die DDR wäre vielleicht schon ein Jahr früher in sich zusammengefallen, hätte es diese Unterstützung nicht gegeben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie müssen sich auch anhören, dass wir den Vorbildcharakter des von Ihnen anzubehenden Herrn Strauß und die moralische Integrität dieser Person der Zeitgeschichte wegen des Milliardenkredits, wegen anderer Vorkommnisse und wegen der Tatsache, dass er alle Diktatoren dieser Welt nicht nur besucht, sondern auch noch hofiert hat, in Zweifel ziehen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD, den Freien Wählern und den GRÜNEN)

Herr Kollege Freller, Sie haben jetzt beim Herrn Ministerpräsidenten im Gegensatz zu Frau Haderthauer einen dicken Stein im Brett. Herr Schneider von der Staatskanzlei wird es dem Ministerpräsidenten ausrichten, dass Sie Franz Josef Strauß zum Vorbild erklärt haben.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Pohl das Wort.

Bernhard Pohl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Stellen Sie sich vor, die Opfer der DDR, die Opfer dieses Unrechtsregimes, würden diese Debatte verfolgen.

(Beifall bei der SPD - Franz Maget (SPD): Eine Schande!)

Darüber sollten Sie eine Minute lang in Ruhe nachdenken, und zwar nicht weiter im Zwist zwischen Links und Rechts.

(Franz Maget (SPD): Wer bricht denn so eine Debatte vom Zaun?)

Ich habe gehört, dass Strauß furchtbare Dinge getan habe. Ich habe gehört, dass Brandt furchtbare Dinge getan habe. Am Ende auch noch Helmut Schmidt. Wir könnten auch darüber diskutieren, dass Herr Engholm inoffizieller Mitarbeiter war. Ihnen fällt dann sicherlich ein, was irgendein CSU-Politiker falsch gemacht hat. Wir können endlose Debatten über persönliche Verfehlungen, über gute und schlechte Leistungen führen,

und das vor dem Hintergrund eines Antrags, der darauf abzielt, den Schülern und Menschen das Unrecht in der DDR zu vergegenwärtigen und die Erinnerung daran wachzuhalten.

(Franz Maget (SPD): Nein! Da sind Sie sehr treuherzig! - Christa Naaß (SPD): Dann hätte der Antrag anders formuliert werden müssen!)

So steht es in diesem Antrag geschrieben. Es ist unglaublich, dass bei einer solchen Debatte der Respekt vor den Opfern des DDR-Regimes sehr gering zu sein scheint, weil diese Debatte mit diesen Zwischenrufen und in dieser Lautstärke geführt wird.

(Beifall bei der FDP - Franz Maget (SPD): Darum geht es auch nicht!)

Bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen, die in einem Parlament notwendig und wichtig ist, sollte es unter Demokraten Gemeinsamkeiten geben. Die grundlegende Gemeinsamkeit müsste sein, dass wir zu unseren Grundwerten stehen. Dazu gehört es aber auch, dass wir unsere Grundwerte wehrhaft und aktiv verteidigen gegen diejenigen, die diese Grundwerte in Frage stellen, in der Gegenwart, in der Zukunft, aber auch in der Vergangenheit.

Auch ich gestehe, dass ich entsetzt war über die Worte der Bundespräsidenten-kandidatin Schwan. Sie hat tatsächlich gesagt - Kollege Schindler hat es dankenswerterweise zitiert -: "Das heißt nicht, dass in der DDR jede einzelne Handlung etwa im Arbeits- oder Verkehrsrecht unrecht war."

(Franz Maget (SPD): Stimmt doch!)

Was ist das für eine Argumentation, meine Damen und Herren: Kein Unrechtsstaat, weil das Arbeits- und Verkehrsrecht Elemente enthielten, die kein Unrecht waren?

(Franz Maget (SPD): So stimmt das nicht!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich diese Argumentation zu eigen machen, dann dürfen Sie nicht einmal das Dritte Reich als Unrechtsstaat betrachten; denn auch da wurden Verkehrsunfälle mit Sicherheit ordentlich abgewickelt.

(Beifall bei den Freien Wählern und der CSU)

Ist das das Kriterium für einen Unrechtsstaat? Das ist eine Verhöhnung der Opfer jeglicher Diktatur!

(Beifall bei den Freien Wählern und der CSU)

Gestatten Sie mir noch eine persönliche Bemerkung: Ich habe im Alter von 17 Jahren eines Abends einen Film gesehen, der mich sehr bewegt hat. Es war der Film "Ein Kapitel für sich", zurückgehend auf das gleichnamige Buch von Walter Kempowski. Der Film beschreibt, wie zwei unschuldige Brüder in den Knast von Bautzen kamen - auch die Mutter wurde inhaftiert -, wie sie gefoltert wurden, wie sie mit dem Leben davonkamen und was sie dort erlebt haben. Ich habe das dann am nächsten Tag in der Schule erzählt und mein Banknachbar sagte mit versteinerner Miene: "Ja, mein Vater saß auch in Bautzen."

Dieser Mann, sein Vater, ist heute 85 Jahre alt. Als ich am 19. September letzten Jahres anlässlich des Besuchs von Oskar Lafontaine in meiner Heimatstadt eine Protestveranstaltung organisiert habe, habe ich diesen Mann gefragt, ob er der Presse als Zeitzeuge zur Verfügung stehen wolle. Der Mann hat geweint. Er hat es nicht übers Herz gebracht, er hat gesagt: "Ich schaffe es nicht." Ein Mithäftling, Wolfgang Hardegen, hat sich überwunden. Es ist heute für diese Menschen noch immer schlimm, an diese Zeit erinnert zu werden. Es ist schlimm, daran erinnert zu werden, wie sie in Bautzen gesessen haben, an offener Tuberkulose litten, keiner hat sich um sie gekümmert. Die Häftlinge sind dort jämmerlich verreckt, und als sie nach dem Roten Kreuz gerufen haben, hat man sie zusammengetrieben, und sie mussten durch ein Spalier laufen und die Folterknechte haben auf sie eingeknüppelt. Viele Menschen sind dabei jämmerlich verreckt. Die Erinnerung an diesen Teil der deutschen Geschichte müssen wir aufrecht erhalten, meine

Damen und Herren. Da müssen wir alle, die wir hier sitzen, einer Meinung sein. Da kann und darf es keine Unterschiede geben.

(Franz Maget (SPD): Dann darf man einen solchen Antrag nicht stellen!)

Deswegen müssen wir, meine Damen und Herren, egal von welcher Seite ein solcher Antrag kommt, einem solchen Antrag zustimmen. Es kann nicht sein, dass ein so wichtiges Anliegen im parteipolitischen Gezänk untergeht!

(Beifall bei den Freien Wählern, der CSU und der FDP - Dr. Sepp Dürr (GRÜNE):
Das ist Missbrauch der Opfer! - Weitere Zurufe)

Jetzt spreche ich Sie von den GRÜNEN an. Ich war sehr erfreut darüber, dass es eine intensive Diskussion in Ihrer Fraktion gegeben hat zu den Äußerungen von Frau Schwan und dass daraufhin viele gesagt haben: Ich muss mich bei der Bundespräsidentenwahl der Stimme enthalten. Das ist nicht einfach in einer Situation, in der man sich eigentlich festgelegt hatte.

Ich muss auch sagen, großen Respekt vor Frau Birthler, die mit den Worten zu zitieren ist: "Dass ein Ministerpräsident Selling die Unterschiede zwischen Diktatur und Demokratie zu ignorieren scheint, finde ich besorgniserregend." - Davor habe ich Respekt.

Aber Sie, meine Damen und Herren von den GRÜNEN, verstehe ich dann nicht, wenn Sie auf einen guten Antrag einen eigenen Antrag draufsetzen mit einem völlig beziehungslosen Satz, der zum Inhalt hat, dass Franz Josef Strauß die Leiden der Menschen durch seine Handlungen verlängert habe. Ich kann dazu nur Folgendes sagen: Ob er das getan hat oder nicht, ob die Leiden verlängert wurden oder nicht, ob Strauß Milliardenkredite vermittelt hat oder nicht, hat nichts damit zu tun, dass man sich an das Unrecht in der DDR erinnert.

Ich unterstelle Ihnen nicht, dass Sie diese Intention hatten, aber Sie wissen hoffentlich, was Sie mit Ihrem Antrag aussagen. Diese Äußerung, die da in Ihrem Antrag steht, hat schon einmal jemand getan. Dieser Mann hieß Franz Handlos; er ist 1983 aus der CSU

ausgetreten und hat mit Schönhuber anschließend die Partei der Republikaner gegründet. Das wollen Sie doch hier nicht ernsthaft zum Antrag machen und in die Debatte werfen!

(Beifall bei den Freien Wählern und der CSU - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen, und dazu stehe ich, so lange ich politische Verantwortung trage: Die wichtigste Aufgabe eines Demokraten ist es, gegen Faschismus und Kommunismus und gegen Extremismus von links wie von rechts zu kämpfen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der CSU)

Ich möchte Sie gerne an die Worte von Helmut Schmidt erinnern - und da spreche ich gerade die SPD an -, der gesagt hat: Die Sozialdemokraten sind unversöhnliche Gegner des Kommunismus und werden es auch bleiben.

(Franz Maget (SPD): So ist das!)

In dieser Gemeinsamkeit gegen die NS-Diktatur und gegen den Kommunismus müssen wir zusammenstehen. Deswegen bitte ich Sie herzlich darum, dem Antrag von CSU und FDP zuzustimmen, nicht weil er von der CSU kommt, das ganz sicher nicht. Den Antrag der GRÜNEN bitte ich zurückzuziehen, ansonsten bitte ich um Ablehnung.

(Beifall bei den Freien Wählern, der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Pohl. Nun steht auf der Rednerliste Herr Staatsminister Dr. Spaenle. Bitte sehr, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Erlauben Sie mir zu zitieren:

Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die

Überlebenden des Zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem festen Entschluss, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechtes dauernd zu sichern, gibt sich das bayerische Volk, eingedenk seiner mehr als tausendjährigen Geschichte, nachstehende demokratische Verfassung.

(Franz Maget (SPD): Wilhelm Hoegner, SPD!)

Wilhelm Hoegner, Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

(Christa Naaß (SPD): Und Ministerpräsident in Bayern!)

Wer angesichts der Gründungslosung der Zweiten Deutschen Republik auf bayerischem und deutschem Boden, dem Nie-Wieder, wer angesichts der Opfer aller demokratischen Parteien in Deutschland und in Bayern, wer angesichts der Gequälten und Getöteten aus allen demokratischen Parteien in Deutschland und in Bayern einen solchen nachgezogenen Dringlichkeitsantrag heute vorlegt, wer mit den Worten Ironie und Realsatire begleitend als Motivation einen solchen Antrag vorlegt, dessen Handlung richtet sich selbst.

(Beifall bei der CSU)

Es waren die Sozialdemokraten unter Otto Wels im Reichstag, die dem Ermächtigungsgesetz nicht zugestimmt haben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So ist das!)

Es war dies eine Sternstunde der deutschen demokratischen Tradition und Geschichte.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Darauf sind wir sehr stolz!)

Es waren Männer wie Alois Hundhammer, Josef Müller und viele andere, es waren Männer und Frauen aus dem Bereich der liberalen politischen Kräfte, die in den Folter-

kammern und Todeszellen der KZs gemeinsam mit Sozialdemokraten und Kommunisten gelitten haben.

Vor diesem Hintergrund ist der Versuch einer sicher emotional bedingten Aufrechnung, glaube ich, das nicht angebrachte geschichtspolitische Mittel, der Versuch, mit einem auf Ironie und Realsatire fußenden Antrag die Rolle des früheren bayerischen Ministerpräsidenten an einer bestimmten Wegmarke der innerdeutschen Entwicklung zu diskreditieren.

Ich bin dem Kollegen Freller sehr dankbar, dass er auch auf die beiden Einladungen anlässlich des Besuchs des damaligen Staatsratsvorsitzenden der DDR, Erich Honecker, hingewiesen hat und auf die Tischreden. Ich möchte ausdrücklich auch an die Rolle etwa von Hans-Dietrich Genscher bei der Überwindung der Mauer und deren Fall vor 20 Jahren erinnern - pars pro toto - und an die vielen Sozialdemokraten.

Man könnte jetzt auch philosophieren über die Ende der Achtzigerjahre zwischen den Parteien, zwischen der in der DDR herrschenden Partei und der Sozialdemokratie auf Parteebene verhandelten gemeinsamen Papiere und Positionen. Ich möchte, ich will es nicht tun.

Wir, die wir alle hier in der Tradition derer stehen, die nach 1946, fußend auf dem Prolog der Bayerischen Verfassung des Bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner, in 60 Jahren diesen Weg gemeinsam gegangen sind, sollten diesen geschichtspolitischen Bogen nicht verlassen, und ich bitte die Kolleginnen und Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ganz im Sinne dessen, was der Kollege Pohl ausgeführt hat, diesen Antrag zurückzuziehen. Er ist unter der Würde, die Sie als große politische Kraft auch in unserem Land in einer langjährigen Tradition in diesem Land und in diesem Parlament auf den Weg gebracht haben. Lassen Sie uns mit dem gemeinsamen Gründungsmythos der Zweiten Republik auf deutschem und bayerischem Boden, dem Nie-Wieder, sowohl dessen, was nach 1933 passiert ist, als auch dessen, was nach 1946 passiert ist, auch an der bayerischen Demarkationslinie mit Mödlareuth als dem Ort, der das auf bayeri-

schem Boden bis heute deutlich macht, lassen Sie uns mit diesem gemeinsamen Gründungsmythos nach vorne gehen und Ironie und Realsatire aus geschichtspolitischen Betrachtungen verbannen, und wir haben heute gesehen, wie dünn die Haut darüber ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren! Jetzt bin ich ein bisschen verwirrt. Es folgt ein Redebeitrag von Frau Bause, und Sie, Herr Schindler, wollen eine Zwischenbemerkung zum Beitrag von Herrn Dr. Spaenle machen. - Dann, Herr Minister Spaenle, würde ich Sie bitten, noch einmal ans Mikrofon zu treten für eine Zwischenbemerkung des Kollegen Schindler. Anschließend - die Rednerliste war noch nicht geschlossen - kommt der Redebeitrag der Kollegin Bause.

Franz Schindler (SPD): Herr Minister, zunächst vielen Dank für die salbungsvollen Worte. Sie finden in unseren Reihen große Aufgeschlossenheit für die Gemeinsamkeit der Demokraten, wenn es um die Bekämpfung extremistischer Erscheinungen, egal, auf welcher Seite, geht. Weil das so ist, Herr Staatsminister, möchte ich Sie fragen, ob Sie mir nicht zustimmen können, dass das schwierige Thema, das wir in den letzten Stunden diskutiert haben, nicht durch einen Antrag dieser Art befördert werden kann, weil nämlich ein Antrag dieser Art, wie er vorgelegt worden ist, zu Missverständnissen nachgerade einlädt und nicht so ernsthaft ist, dass man die von Ihnen geforderte Diskussion führen könnte.

Ich will Sie also fragen, ob Sie mir nicht zustimmen möchten, dass es das Vernünftigste wäre, wenn CSU und FDP diesen Antrag zurückziehen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das hätte zur Konsequenz, dass die GRÜNEN auch keinen Anlass mehr hätten für ihren Antrag. Das, meine ich, wäre eine vernünftige Vorgehensweise.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Es steht mir als Mitglied der Staatsregierung nicht zu, über die Frage der Antragstellung von Fraktionen in diesem Hause zu befinden.

Wenn Sie mich als Abgeordneter fragen, dann glaube ich, ist die emotionale Tiefe der Debatte, die Ernsthaftigkeit des Bemühens - ich glaube, es gibt den Spruch: Die Geister die man rief, die wird man nicht mehr los -

(Franz Maget (SPD): Genau!)

das geht in Richtung der Kolleginnen und Kollegen vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - -

(Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN - Zuruf von den GRÜNEN: Nein, das geht in Ihre! - Große Unruhe)

Ich kann als Abgeordneter dieses Hohen Hauses an der Aufforderung an die Bayerische Staatsregierung, für eine nachhaltige und differenzierte Auseinandersetzung mit den Fragen des Unrechtsstaates in der vormaligen DDR zu sorgen, nichts erkennen, was den demokratischen Konsens in diesem Hause verletzen könnte.

(Franz Maget (SPD): Armutszeugnis!)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatsminister. - Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Bause für die GRÜNEN das Wort. Anschließend hat sich noch einmal Herr Kollege Maget gemeldet.

Margarete Bause (GRÜNE): Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte vier Sachen feststellen.

Erstens. Der Anlass für diese Debatte war der Antrag von CSU und FDP, in dem es nicht darum ging, eine ernsthafte Debatte über das Unrecht in der DDR zu führen, sondern in dem es ausschließlich darum ging, zu der Äußerung von Gesine Schwan nachzutreten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Zweitens. Ich möchte Marianne Birthler ausdrücklich in Schutz nehmen gegen die Vereinnahmung von Ihrer Seite. Das hat Marianne Birthler nicht verdient.

(Thomas Kreuzer (CSU): War das Zitat falsch, oder wie ist es?)

- Sie waren in der Debatte nicht dabei. Sie waren in der Debatte in unserer Fraktion, als wir mit Gesine Schwan kritisch diskutiert haben, nicht dabei. Ich war dabei.

Drittens. Die Erwähnung von Franz Josef Strauß im Zusammenhang mit der Einfädelung des Milliardenkredits und dem DDR-Unrechtsstaat trifft Sie von der CSU ganz offensichtlich, und das war durchaus beabsichtigt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CSU)

Viertens. Unser Antrag stellt lediglich historische Tatsachen fest. Dass Sie sich damit so schwer tun, das zu akzeptieren, ist Ihr Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CSU)

Schließlich sind wir bereit, unseren Antrag zurückzuziehen, wenn Sie zunächst Ihren Antrag, den ich unsäglich finde, zurückziehen. Dann brauchen wir keine Abstimmung über diese Anträge.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Bause. - Herr Kollege Maget für die SPD-Fraktion. Bitte schön. - Frau Sandt, entscheiden Sie sich für die Zwischenbemerkung? - Dann, Frau Bause, bitte ich Sie noch einmal ans Rednerpult.

Julika Sandt (FDP): Hier wurde vorhin gesagt, dieser Antrag sei nicht so wichtig; wir hätten wichtigere politische Ziele und wichtigere politische Anliegen. Natürlich ist uns Bildung ein wichtiges Anliegen, und wir haben sehr viel zu den Bildungsstrukturen eingebracht. Aber wir müssen jetzt auch einmal auf Bildungsinhalte eingehen, und deshalb ist es nicht so, dass wir uns zu dem Antrag hergegeben haben, sondern ich bin davon

überzeugt, dass wir an dem Thema dranbleiben sollten. Es geht jetzt zum einen ums Geschichtsbewusstsein und zum anderen um ein Thema, das uns auch in Zukunft weiter bewegen muss: Es geht nämlich um ein Bewusstsein für die Demokratie. Schließlich sind die Täter dieses Regimes alle noch unter uns, anders als beim Naziregime.

Nachdem es gerade um das Thema Satire ging: Realsatire ist für mich, wenn eine Fraktionsvorsitzende einerseits vollkommen richtigerweise sagt, es waren die Menschen in dem Staat, die zum Ende der Diktatur beigetragen haben, auf der anderen Seite aber einen Antrag einbringt, in dem sie die Lebenszeit der DDR auf einen Kredit reduziert. Das ist Realsatire, und ich wünsche mir viel mehr Ernsthaftigkeit bei diesem Thema.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Kollegin Sandt, wenn es darum geht, das Geschichtsbewusstsein zu schärfen in Fragen Demokratie und Diktatur in Fragen wie: woran erkenne ich Entwicklungen zu Unrechtsverhältnissen, wo gibt es Schwierigkeiten in einem Rechtsstaat, wo muss ich gegen solche Tendenzen vorgehen, was tue ich für die Zukunft? - wenn es Ihnen um eine solche Sensibilität geht oder um eine Schärfung des Geschichtsbewusstseins, um auch für die Zukunft zu handeln, dann bin ich gern dabei, dann bin ich auf Ihrer Seite. Dann fordere ich Sie aber auf, zumindest in Ihrer Fraktion dazu beizutragen, dass geeignete Anträge gestellt werden, um dieses Ziel zu erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wenn es Ihnen um Bildung geht, dann empfehle ich Ihnen, vielleicht doch einmal einen Kurs in besserem Leseverständnis zu belegen, dann könnten Sie unseren Antrag vielleicht auch entsprechend nachvollziehen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lebhafter Widerspruch bei der FDP und der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Jetzt erteile ich Herrn Kollegen Maget von der SPD-Fraktion das Wort.

Franz Maget (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, wir haben Glück im Unglück. Das Glück ist, dass eine in den letzten Minuten, wie ich es empfinde, unsägliche Diskussion und ein unsäglicher Antrag, den ich Ihnen gleich auch erläutern möchte, wenigstens keine Resonanz in der Öffentlichkeit haben werden. Darüber können wir uns glücklich schätzen. Denn beabsichtigt ist hier nicht, Herr Kollege Pohl, wie Sie in Ihrer Treuherzigkeit vermuten, darüber zu sprechen, wie man in unseren Schulen in ausreichendem Maße historische Kenntnisse auch über Recht und Unrecht in der deutschen Geschichte vermitteln soll. Das ist nicht der Hintergrund dieses Antrags. Der Hintergrund ist der Versuch, demokratische Kräfte in diesem Land auszugrenzen und zu diskreditieren. Zumindest empfinden wir das so vor dem Hintergrund unserer Geschichte.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Schindler hat Ihnen die Einlassungen von Frau Schwan, um die es Ihnen ja eigentlich geht, im Wortlaut vorgetragen. Sie haben auf diesen Vorhalt nicht mehr reagiert, weil Sie bei genauerem Zuhören und Lesen der Textstelle erkennen müssen, dass nur Richtiges gesagt wurde.

Wir würden sofort einem Antrag zustimmen wie dem der GRÜNEN, in dem steht, die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen. Was war sie denn sonst? Natürlich gab es in der DDR keine Pressefreiheit, keine Meinungsfreiheit, keine unabhängige Justiz, keine Freizügigkeit der Menschen. Es war ein Unrechtsstaat.

Aber es geht Ihnen nicht darum, dies festzustellen, sondern um einen politischen Schaukampf. Es geht Ihnen darum, die Sozialdemokratie vorzuführen und an den Pranger zu stellen. Ich sage Ihnen - ich kann nur unterstreichen, was Franz Schindler hier gesagt hat -, wenn Sie diese Auseinandersetzung führen wollen, werden Sie sie verlieren. Die

SPD in diesem Land hat es nicht nötig, sich von irgendjemandem in Sachen Freiheit und Demokratie belehren zu lassen. Sie muss sich von niemandem belehren lassen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sind eine politische Neugründung, meine Damen und Herren von der CSU. Dafür gibt es einen historischen Grund. Der sollte Sie in solchen Fragen immer zurückhaltend machen. Er sollte Sie veranlassen, sich davor zu hüten, mit ganz großer Scheinheiligkeit Fragen der Freiheit und des Rechtsstaates besetzen zu wollen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

Es gibt auch diese historische Dimension. Das sollten Sie gerade in Ihrer neuen Funktion, Herr Freller, besser wissen, als Sie hier zum Ausdruck gebracht haben.

Ich empfinde die Diskussion ganz im Gegensatz zu Ihnen, Herr Pohl, als beschämend genau für die Opfer von Unrecht in unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

Beschämend ist die Verhöhnung. Die haben Sie hier bewusst angezettelt.

Wir werden uns an der Abstimmung über diese Art von Anträgen schlichtweg nicht beteiligen, weil Sie das Haus gar nicht mit dem befassen wollen, was Sie vorgeben, sondern weil der Antrag einen ganz anderen Hintergrund hat. Wir lassen uns hier nicht für politische Schaukämpfe missbrauchen. Wir nehmen an der Abstimmung über Ihren Antrag nicht teil.

(Thomas Kreuzer (CSU): Es gibt eine namentliche Abstimmung!)

- Was wollen Sie mir damit sagen? Lieber Herr Kollege Kreuzer, Sie wollen mir mit Ihrer Einlassung - das ist der Tiefpunkt dieser Diskussion - signalisieren, dass die Mitglieder der SPD-Fraktion wissen müssen, dass sie dafür 40 Euro abgezogen bekommen.

(Zurufe von der CSU)

- Ich habe Ihnen gesagt: Wir nehmen an der Abstimmung nicht teil. Was soll dann Ihr Hinweis, dass es sich aber um eine namentliche Abstimmung handelt. Meinen Sie denn, ich bin blöd? Natürlich wissen wir, dass es einen Abzug gibt. Wir nehmen an dieser Abstimmung nicht teil.

(Beifall bei der SPD)

Wir stimmen auch nicht der Replik der GRÜNEN zu, weil sie aus meiner Sicht eine bloße Reaktion auf einen, wie ich finde, politisch verwerflichen Antrag ist. Das heißt nicht, dass der Antrag falsch wäre.

Ich war vor drei Wochen in Albanien. Da wurde ich von einem Kellner bedient, der mir ganz stolz erzählte, dass er schon Enver Hodscha und Franz Josef Strauß gemeinsam beim Abendessen bedient hat.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das war der Umgang, den Franz Josef Strauß gepflegt hat. Das ist eine historische Tatsache.

(Thomas Kreuzer (CSU): Diese Erwähnung ist der Tiefpunkt der Debatte!)

- Nein! - Keiner von uns hätte sich getraut, mit einem kommunistischen Diktator zu Abend zu essen. Franz Josef Strauß traute sich schon. Aber das wird nicht seine historische Leistung mindern. Das kann man sagen. Aber ich finde, es gehört nicht hierher.

Deswegen sollte man eine solche Diskussion vom Bayerischen Landtag fernhalten. Ich kann Sie nur davor warnen, die beschworene Gemeinsamkeit der Demokraten - das haben jetzt fünf Redner hier gesagt - mutwillig zu zerstören. Das tun Sie mit Ihrem Antrag ganz bewusst. Das enttäuscht mich in Bezug auf Sie, Herr Freller, in unglaublicher Art und Weise.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich erteile als weiterem Redner Herrn Kollegen Piazolo das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FW): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich verspreche Ihnen, nicht lange zu reden.

Ich habe 15 Jahre meines Lebens damit zugebracht, beruflich politische Bildung zu vermitteln, und zwar, wie viele von Ihnen wissen, an der Akademie für politische Bildung. Da ist dies ein ganz zentrales Thema für uns gewesen. Wir haben jedes Jahr einige Tagungen zu diesem Thema durchgeführt. Ich selber habe gerade zum DDR-Unrechtsstaat - ich sage das ganz bewusst - viele Veranstaltungen gemacht. Ich sage auch ganz offen: Ich hätte überhaupt keine Scheu gehabt, mindestens 90 %, wahrscheinlich sogar 99 % der hier Anwesenden zu einer solchen Tagung einzuladen. Ich bin mir sicher, dass die dann Eingeladenen die entsprechenden Worte gefunden und die Zeit richtig bewertet hätten, wobei es in Einzelheiten vielleicht inhaltliche Unterschiede gegeben hätte.

Insofern tun wir uns mit einer solchen Debatte, in der wir mit Unterstellungen arbeiten, allesamt keinen Gefallen.

Wir können froh sein - ich schaue jetzt nach oben auf die Empore -, dass heute keine Schüler dabei waren. Ich will mich jetzt nicht besserwisserisch verhalten. Ich gehöre ja wie Sie zu diesem Haus. Ich will nur einen letzten Versuch wagen, wobei ich nicht weiß, wie groß seine Chancen sind.

Ich will nicht darüber nachdenken, was der Sinn des Antrags gewesen ist. Nur meine ich, dass man den ersten und letzten Absatz des Antrags, den wir beschließen sollen, durchaus beschließen kann. Aber wenn der Antrag dann damit beginnt, persönlich zu werden und Bundes- und Landespolitikern etwas zu unterstellen - ich denke insbesondere an die Verharmlosung und die Verhöhnung der Toten an der Grenze -, dann glaube ich, dass man dem Antrag in dieser Form nicht mehr zustimmen kann.

Insofern einfach noch einmal meine Bitte und meine Überlegung, ob man nicht diese drei Absätze - und es handelt sich dabei nicht um die Begründung, sondern um den Beschluss - streichen kann. Dann nämlich, glaube ich, wäre eine große Mehrheit des Hauses bereit, diesem Antrag, der grundsätzlich richtig ist - egal, was die Intentionen dabei sind -, zuzustimmen. Springen wir alle über unseren Schatten, geben wir das Zeichen, dass man in diesem Haus diese Thematik einstimmig entscheiden kann! Wenn dies geschähe, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Schönen Dank, Herr Kollege Piazolo. Die Rednerliste ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung, und zwar zur namentlichen Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Zunächst rufe ich auf zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1405.

(Theresa Schopper (GRÜNE): Mich würde interessieren, wie sich die CSU zu dem Vorschlag von Professor Piazolo verhält!)

Ich habe bisher keine Erklärung von der CSU-Fraktion bekommen, also mache ich weiter.

Wir fahren also mit der Abstimmung fort, zunächst über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1405. Das ist der interfraktionelle Antrag der Fraktionen der CSU und der FDP. Die Abstimmungsurnen stehen wie immer hier unten beim Protokoll und an den Saaltüren bereit. Abstimmungszeit fünf Minuten. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 20.01 bis 20.05 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung. Wenn die Urnen geleert sind, bekomme ich hoffentlich einen Hinweis.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1422. Das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wenn Sie einverstanden sind, nehmen wir diesmal drei Minuten. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 20.06 bis 20.09 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung und bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen.

(...)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 27.05.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Karl Freller, Renate Dodell u. a. und Fraktion CSU, der Abgeordneten Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde u. a. und Fraktion FDP; Zeichen gegen eine Relativierung des DDR-Unrechts setzen - Aufklärung über DDR-Unrecht auf hohem Niveau beibehalten (Drucksache 16/1405)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate		X		Dr. Goppel Thomas			X
Aiwanger Hubert	X			Gote Ulrike		X	
Arnold Horst				Gottstein Eva			X
Aures Inge				Güll Martin			
Bachhuber Martin	X			Güller Harald			
Prof. Dr. Barfuß Georg	X			Guttenberger Petra	X		
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter			X	Hacker Thomas	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X			Haderthauer Christine	X		
Bause Margarete		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Beckstein Günther				Hallitzky Eike		X	
Dr. Bernhard Otmar	X			Hanisch Joachim			X
Dr. Bertermann Otto				Hartmann Ludwig		X	
Dr. Beyer Thomas				Heckner Ingrid	X		
Biechl Annemarie	X			Heike Jürgen W.			
Biedefeld Susann				Herold Hans	X		
Blume Markus	X			Dr. Herrmann Florian	X		
Bocklet Reinhold	X			Herrmann Joachim			
Breitschwert Klaus Dieter	X			Dr. Herz Leopold			X
Brendel-Fischer Gudrun	X			Hessel Katja	X		
Brunner Helmut				Dr. Heubisch Wolfgang			
Dr. Bulfon Annette	X			Hintersberger Johannes	X		
Daxenberger Sepp		X		Huber Erwin	X		
Dechant Thomas	X			Dr. Huber Marcel			
Dettenhöfer Petra	X			Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Dittmar Sabine				Huml Melanie	X		
Dodell Renate	X			Imhof Hermann			X
Donhauser Heinz	X			Jörg Oliver	X		
Dr. Dürr Sepp		X		Jung Claudia			X
Eck Gerhard	X			Kamm Christine			
Eckstein Kurt				Karl Annette			
Eisenreich Georg	X			Kiesel Robert			X
Dr. Fahn Hans Jürgen			X	Dr. Kirschner Franz Xaver			
Felbinger Günther			X	Klein Karsten	X		
Dr. Fischer Andreas	X			Kobler Konrad	X		
Dr. Förster Linus				König Alexander	X		
Freller Karl	X			Kohnen Natascha			
Füracker Albert	X			Kränzle Bernd	X		
Gantzer Peter Paul				Kreuzer Thomas	X		
Gehring Thomas		X		Ländner Manfred	X		
Glauber Thorsten			X	Graf von und zu Lerchenfeld Philipp	X		
Goderbauer Gertraud	X			Lorenz Andreas	X		
Görlitz Erika	X						

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula	X		
Dr. Magerl Christian		X	
Maget Franz			
Matschl Christa	X		
Meißner Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte			
Meyer Peter	X		
Miller Josef	X		
Müller Ulrike			X
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander			X
Naaß Christa			
Nadler Walter	X		
Neumeyer Martin	X		
Nöth Eduard	X		
Noichl Maria			
Pachner Reinhard	X		
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael			X
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred			X
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radwan Alexander	X		
Reichhart Markus			
Reiß Tobias	X		
Richter Roland	X		
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			
Rohde Jörg	X		
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard	X		
Rudrof Heinrich	X		
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin			X
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred			
Scharfenberg Maria		X	
Schindler Franz			
Schmid Georg	X		
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald			
Schneider Siegfried	X		
Schöffel Martin	X		
Schopper Theresa		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja			X
Schwimmer Jakob	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard	X		
Dr. Söder Markus	X		
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi		X	
Stachowitz Diana			
Stahl Christine		X	
Stamm Barbara	X		
Stamm Claudia		X	
Steiger Christa			
Steiner Klaus	X		
Stewens Christa	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Strehle Max	X		
Streibl Florian			
Strobl Reinhold			
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter	X		
Tausendfreund Susanna			
Thalhammer Tobias	X		
Tolle Simone		X	
Unterländer Joachim	X		
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd	X		
Dr. Weiß Manfred	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			X
Wild Margit			
Will Renate	X		
Winter Georg	X		
Winter Peter	X		
Wörner Ludwig			
Zacharias Isabell			
Zeil Martin	X		
Zeitler Otto	X		
Zellmeier Josef	X		
Dr. Zimmermann Thomas	X		
Gesamtsumme	91	16	18

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 27.05.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Aufklärung über DDR-Unrecht auf hohem Niveau beibehalten;; Franz Josef Strauß und der DDR-Unrechtsstaat (Drucksache 16/1422)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert			X
Arnold Horst			
Aures Inge			
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar		X	
Dr. Bertermann Otto			
Dr. Beyer Thomas			
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette		X	
Daxenberger Sepp	X		
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine			
Dodell Renate		X	
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard		X	
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			X
Felbinger Günther			X
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul			
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten			X
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva		X	
Güll Martin			
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			X
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			X
Kamm Christine			
Karl Annette			
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte			
Meyer Peter		X	
Miller Josef		X	
Müller Ulrike			X
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander			X
Naaß Christa			
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria			
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred			X
Pranghofer Karin			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus			
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred			
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz			
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald			
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja		X	
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa			
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian			
Strobl Reinhold			
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna			
Thalhammer Tobias			X
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd		X	
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner Hans Joachim			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Widmann Jutta			X
Wild Margit			
Will Renate		X	
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig			
Zacharias Isabell			
Zeil Martin			
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	17	96	11